

Staat und Politik

Geschichte

Die Ureinwohner

Archäologische Forschungen zeigen, dass die Insel TaiWan vor mindestens 10.000 Jahren von australo-polynesischen Stämmen besiedelt wurde. Je nach Ansiedlungsort (Inseln, Gebirge, Küste) entwickelten sich verschiedene Stämme der Ureinwohner (engl. Aborigines) mit voneinander stark abweichenden Sitten und Gebräuchen. Von den neun noch existierenden Stämmen auf TaiWan sind die Tsou, Bunun, Atayal, Saisiat, Paiwan und Rukai Bergstämme, die Ami, Puyuma und Yami (auch Ayami genannt) Küstenbewohner. Heute leben nach offiziellen Angaben etwa 350.000 Ureinwohner auf TaiWan.

Die ersten Chinesen

Den ersten (nachweisbaren) Kontakt mit China erfuhr TaiWan im 3. Jh. unserer Zeitrechnung, als das chinesische Han-Reich (221 v.Chr. – 220 n.Chr.) in die sogenannten „drei Reiche“ Wei, Shu und Wu zerfiel. Dabei eroberten die Wu zwar im Jahre 239 n.Chr. TaiWan, hatten dann aber kein Interesse, die Insel zu kolonialisieren. In den folgenden Jahrhunderten wanderten einzelne Gruppen von Hakka-Chinesen, einem Volksstamm aus Nordchina, nach TaiWan aus, um sich dort dauerhaft anzusiedeln. Sie nannten ihre neue Heimat *BaoTao* (Schatzinsel), da im Gegensatz zu dem durch Kriege und Naturkatastrophen gezeichneten Festland die Vegetation auf TaiWan im Überfluss gedieh.

Wegen der Eroberung Chinas durch die Mongolen (Yuan-Dynastie, 1280–1368) flohen viele Anhänger der vorangehenden (chinesischen) Sung-Dynastie – überwiegend aus der Festlandsprovinz FuKien (PinYin: FuJian) – nach TaiWan und siedelten im westlichen Flachland. Auf ihrer Sprache, dem FuKien-Dialekt, basiert heute die neben dem offiziellen Mandarin gesprochene **taiwanesisch** Sprache. Auch die Mongolen erreichten die Insel und errichteten im Norden eine Militärbasis, in der Absicht, von hier aus Südjapan zu erobern. Nach dem Ende der Mongolenherrschaft (1368) folgte auf dem Festland die letzte echte chinesische Dynastie der Ming (1368–1644); TaiWan wurde nicht ins Reichsgebiet der Ming integriert und blieb daher in dieser Zeit von äußeren Einflüssen nahezu unberührt.

Der europäische Kolonialismus

Im 16. Jh. begann der Kontakt TaiWans mit den europäischen Kolonialmächten. Zu dieser Zeit nahmen die **Portugiesen** in der Seefahrt eine Monopolstellung ein, da keine andere europäische Nation den Seeweg nach Indien und China kannte. 1590 landeten sie auf der Suche nach Handelsstützpunkten an der Nordküste TaiWans. Angeblich riefen die Seefahrer beim Erblicken der Insel *Ilha formosa* (portugiesisch: wunderschöne Insel), was TaiWan für Jahrhunderte den Namen **Formosa** gab. Da in Portugal seit 1580 der spanische König *Philipp I.* in Personalunion regierte, übernahmen die Spanier 1626 von ihren iberischen Nachbarn den Handelsstützpunkt im Norden Formosas.

Die verlockenden Reichtümer des Fernen Ostens ließen bald Engländer und vor allem **Holländer** Richtung Osten ziehen. Die in der Schiffbautechnik weit überlegenen Holländer, die mit Hilfe windmühlenbetriebener Sägen ein Handelsschiff in vier Monaten anstatt der üblichen eineinhalb Jahre bauen konnten, versuchten bereits im Jahre 1620 Handelsbeziehungen mit China zu knüpfen und besetzten die zwischen TaiWan und dem

Festland liegende Inselgruppe PengHu (Pescadoreen). Da China keiner europäischen Macht Handelsrechte gewährte, wurden die Holländer von den herrschenden Ming aufgefördert, die zum Festland gehörenden Inseln zu verlassen. Daher wichen die Holländer 1624 auf die Südspitze von Formosa aus. Sie errichteten zwei Festungen und gründeten die erste Hauptstadt TaiNan im Süden. Mauerreste des Fort Providenzia sind noch heute zu sehen, Fort Zeelandia ist dagegen gänzlich zerstört.

Das Eindringen der Holländer in den Machtbereich Spaniens führte bald zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Erzfeinden. Der Kampf um die Vormacht auf Formosa endete 1641/42 mit dem Sieg der Holländer, die nun die gesamte Insel kontrollierten und TaiWan (neben Java) zu ihrer wichtigsten Handelsstation ausbauten.

Die Ruhe währte allerdings nicht lange: 1644 wurde die chinesische Ming-Dynastie auf dem Festland von der mandschurischen Ching-Dynastie (1644–1911) abgelöst. Zu den Anhängern der Ming gehörte auch der Feldherr **KoHsingKa** (*KoXingGa*, *ZhengChengGong*), der vor den siegreichen Mandschu mit 30.000 Soldaten auf 8000 Booten über die TaiWan-Straße nach TaiWan fliehen musste. Fast zwei Jahrzehnte lang bildeten die Holländer und die Vertriebenen eine gegen Festlandchina gerichtete Interessengemeinschaft, ehe der *KoHsingKa-Clan* 1661 die Holländer aus dem Land warf.

KoHsingKa spielt im Geschichtsbild der Taiwanesen eine nicht unerhebliche Rolle, da seine Flucht deutliche **Parallelen zum Rückzug ChiangKaiSheks** nach TaiWan 1949 aufweisen: die „Bösen“ (dort die Mandschu, hier die Kommunisten) vertreiben die Armee des „Helden“ (dort *KoHsingKa*, hier *ChiangKaiShek*) nach TaiWan. In beiden Fällen wird die einheimische Bevölkerung unterworfen, in beiden Fällen besteht der Anspruch der Geflohenen auf Rückeroberung Chinas, in beiden Fällen wurden erhebliche Wirtschaftsreformen auf TaiWan durchgeführt (*KoHsingKa* ließ vor allem die Landwirtschaft gezielt ausbauen). Hier enden allerdings die Parallelen, da die Mandschu 1682 TaiWan eroberten und von 1684 bis 1885 der chinesischen Provinz FuKien (Fújiàn) angliederten.

KoHsingKas **Landwirtschaftsreformen** gelten als Grundstein für die wirtschaftliche „Besserentwicklung“ im Vergleich zum chinesischen Festland. Im folgenden Jahrhundert kamen deshalb trotz Ein- und Ausreiseverbotes fast eine Million Menschen aus den Provinzen KuangTung (GuǎngDōng, um Kanton) und FuKien auf die Insel.

Nach etwa 200 Jahren mehr oder weniger partnerschaftlicher Handelsbeziehungen zwischen Europa und China wurde der mandschurische Kaiserhof Mitte des 19. Jahrhunderts von den europäischen Kolonialmächten, vor allem England, immer stärker bedrängt, der Errichtung von Freihäfen und Handelsstützpunkten auf chinesischem Territorium zuzustimmen.

Die Verträge von NánJing (NanKing) 1842 und TianJin (TienChin) im Jahre 1858 beendeten die Opiumkriege und brachten England die Kolonie HongKong ein, während Frankreich die taiwanesishe Stadt KeeLung (JīLóng) mit Ft. San Domingo erhielt. Der Streit Chinas mit Frankreich über die französischen Kolonialisierungsbestrebungen in Indochina, welches unter chinesischem Einfluss stand, führte zur teilweisen Besetzung TaiWans und der PengHu-Inseln (Pescadoreen) durch die **Franzosen**. 1885 zog Frankreich, nachdem der Kaiserhof in Peking der Öffnung weiterer französischer Handelshäfen auf dem Festland zustimmte und Indochina aufgeben musste, von TaiWan ab.

Im gleichen Jahr erhielt TaiWan erstmals den Status einer **eigenständigen Provinz Chinas** und wurde unter Gouverneur *LiuMingChuan* bald Chinas fortschrittlichste Provinz in den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft, Technik und Industrie. TaiPei (TaiBei, dt. auch Taipeh) wurde neue Provinzhauptstadt und verfügte – wie taiwanesishe Publikationen stolz herausstellen – über die erste elektrische Straßenbeleuchtung Chinas.

Von der japanischen Besatzung zur Republik

In den Jahren 1894/95 führten China und Japan wegen japanischer Ansprüche auf Teile Koreas und der Mandschurei einen erbitterten Krieg. Als Folge der Niederlage musste China im Vertrag von Shimonoseki 1895 die Provinz TaiWan (mit der Inselgruppe Peng-Hu) vollständig **an Japan** abtreten.

Die Japaner versuchten, ihr ausgeprägtes Rechtssystem auf TaiWan zu übertragen, was heftigen Widerstand der TaiWan-Chinesen sowie der Ureinwohner hervorrief. Die abgesetzte Provinzverwaltung ging sogar so weit, TaiWan zur ersten asiatischen Republik auszurufen. Die damit einhergehende Erhebung wurde allerdings von den Japanern rasch niedergeschlagen. Auch für die Ureinwohner hatte die japanische Ära ihre Folgen: ihre Bewegungsfreiheit wurde auf neu gebildete Reservate begrenzt, Sumpfreisanbau und Viehzucht wurden eingeführt, Kopffjagd, Kindstötung und Stammesfehden unter Strafe gestellt. Auf ganz TaiWan wurden Straßen, Schulen und Häuser gebaut, ein Bildungssystem nach japanischem Vorbild eingeführt, welches den Taiwanern vorerst nicht zugänglich war. Für Historiker gilt die japanische Herrschaft in TaiWan als „Musterbeispiel“ für eine wirkungsvolle und planmäßige Ausbeutung einer Kolonie. Die Umstrukturierung der Landwirtschaft vervielfachte insbesondere die Zuckerrohr- und Reiserträge. Diese wurden ins japanische Mutterland exportiert und damit der Kolonialapparat in TaiWan finanziert. Für TaiWan hatte dies zur Folge, dass das Land schon bald extrem exportorientiert war und dass noch heute zwar gerne japanisches Geld, weniger gern aber Japaner selbst gesehen werden.

Während TaiWan bis zur Kapitulation Japans 1945 Kolonie blieb, nahmen die Ereignisse auf dem Festland einen auch für TaiWan bedeutsamen Verlauf. Am 10.10.1911 (heute Nationalfeiertag TaiWans, die „Doppelzehn“) zwang die nationalistische, republikanische Bewegung um *Dr. SunYatSen (SünZhōngShān)* den letzten Mandschu-Kaiser *PuI (BuYi)* abzudanken und begründete die **Republik China**. *SunYatSen* verzichtete aber wenig später auf das Präsidentenamt und überließ General *YuanShiKai* die Macht, der sich 1915 allerdings selbst zum Kaiser krönte und die absolute Macht bis zu seinem Tode 1916 in Händen hielt. Daraufhin entbrannte ein Bürgerkrieg, in dessen Verlauf es den Nationalisten unter *ChiangKaiShek* gelang, erneut die Ideen *SunYatSens* durchzusetzen und die Republik China als Staatsform zu etablieren.

Geschwächt durch den Bürgerkrieg musste China 1931 auf japanischen Druck hin die Mandschurei in die Autonomie (besser: ein Marionettenkaiserreich von Japans Gnaden) entlassen. An der Spitze stand *Henry PuI*, der 1911 entthronte letzte Kaiser der *Ching*. 1937 schließlich trug Japan den **Zweiten Weltkrieg** nach China, ehe „Generalissimus“ *ChiangKaiShek* mit Hilfe der Alliierten die Japaner am 2.9.1945 zur Kapitulation zwang. TaiWan gehörte damit erneut als Provinz zur Republik China, die ca. 6 Millionen Einwohner waren wieder chinesische Staatsangehörige.

Während des Krieges hatte die nationalistische Partei (*GuoMinDang* bzw. *KuoMinTang*) *ChiangKaiSheks* die Unterstützung der Kommunistischen Partei Chinas *MaoTzuTungs (MaoZiDong)* benötigt. Nachdem der gemeinsame äußere Feind (Japan) beseitigt war, wandte man sich nunmehr offen dem inneren Gegner zu. Als mehrmonatige Verhandlungen um Machtanteile zwischen Kommunisten und Nationalisten 1946 scheiterten, brach im Frühjahr 1947 der **Bürgerkrieg** offen aus. Während die Nationalchinesen von den USA unterstützt wurden, ließ die UdSSR der Kommunistischen Partei Chinas noch keine offizielle Hilfe zukommen, da sie bis 1945 auf der Seite Nationalchinas gegen Japan gestanden hatte. Die Kommunisten wurden vor allem von den ärmeren Bevölke-

rungsschichten Chinas unterstützt, sodass sich die Lage der Nationalchinesen trotz einiger Anfangserfolge dramatisch zuspitzte. Anfang 1949 kontrollierten kommunistische Truppen weite Teile Nordchinas, im März schließlich wickelte die Nationalregierung *Chiang-KaiSheks* mit 500.000 Soldaten und 1,5 Millionen Zivilisten nach TaiWan aus und konnte nicht verhindern, dass *MaoTzuTung* am 1.10.1949 die Volksrepublik China proklamierte. Bei ihrer Flucht nahmen die Nationalchinesen praktisch die gesamten Goldvorräte des Landes sowie zahllose historische Kunstschatze aus ganz China mit. Heute zählt TaiWan zu den Ländern mit den größten Goldreserven der Erde.

Die Republik China auf TaiWan

Innenpolitische Entwicklung

Von den Ureinwohnern und den „alteingesessenen“ chinesischen Einwanderern früherer Jahrhunderte wurden die „neuen“ Taiwaner nicht sehr geliebt. Bis 1987 herrschte Kriegsrecht, die „alteingesessenen“ TaiWan-Chinesen und Ureinwohner wurden in Politik und Wirtschaft stark benachteiligt. Zudem belastete die „Affäre 2/28“ vom 28.2.1947 das **Verhältnis zwischen „alten“ und „neuen“ Taiwanern**: Der damalige nationalchinesische Gouverneur TaiWans, *Chen Yi*, war aufgrund seines Lebenswandels und fortwährender Korruption der meistgehasste Mann der Insel, was schließlich zum offenen Aufstand der Taiwaner gegen ihn führte. Nationalchinesische Truppen schlugen die Erhebung brutal nieder, wobei etwa 10.000 Menschen ums Leben kamen. Erst zu Beginn der 1990er Jahre wurden „menschliche Fehler der damaligen Nationalregierung“ eingestanden und am 28.2.1993 Mahnmale zum Gedenken an die Opfer errichtet.

Das Kriegsrecht sicherte den neuen Einwanderern eine rasche Kontrolle über das Land. So wurden die **Ureinwohner** aus den traditionellen Lebensräumen gerissen, in Fabriken rekrutiert und sollten schließlich zwangssiniert, d.h. mit der chinesischen Bevölkerung verschmolzen werden. Erst in den 1980er Jahren besannen sich die Politiker auf „traditionelle“ Werte TaiWans und begannen die Ureinwohner zu schützen, ließen „Musterdörfer“ als Touristenattraktionen anlegen usw.

Die nahezu 40 Jahre des „Kriegszustandes“ der Republik China auf TaiWan hatten innenpolitisch zur Folge, dass sich das **totalitäre Einparteiensystem der GuoMinDang/KuoMinTang (GMD/KMT, Nationale Volkspartei, gegründet 1919 als Nachfolger *Sun Yat Sens* „Gesellschaft für die Wiedergeburt Chinas“)** etablieren konnte. Zwar waren nach 1949 drei Parteien zugelassen – neben der regierende GMD/KMT unter *Chiang KaiShek* waren das die YCP (Partei des Jungen China, gegründet 1923) und die CDSP (Demokratisch Sozialistische Partei Chinas, gegründet 1946) – die beiden letzteren waren aber nur geduldete Splittergruppierungen (unter 1 %).

Die gesamte Wirtschaft wurde in dieser Zeit zentral organisiert und nahm, begünstigt durch große Goldreserven, strikte Währungskontrolle und Anbindung des NT\$ an den US\$, einen imposanten Aufschwung.

1975 übergab *Chiang KaiShek* das Präsidialamt seinem Sohn *Chiang Ching Kuo*, der nach dem Tode seines Vaters (1978) einen **vorsichtigen Reformprozess** einzuleiten begann: 1986 erzwangen linksgerichtete Oppositionelle gemeinsam mit einigen parteilosen Abgeordneten die Gründung der DPP (Democratic Progressive Party, erkennbar an der für die Insel TaiWan stehenden grünen Flagge), die zunächst für ein autonomes TaiWan eintrat. 1987 endete dann formell das 40 Jahre dauernde Kriegsrecht, Verwandtenbesuche zum Festland wurden offiziell ebenso erlaubt wie Briefwechsel mit dem Festland.

Mit *Lee Teng Hui (Li Deng Hui)* folgte 1988 der erste gebürtige Taiwaner als Präsident, allerdings immer noch im Rahmen der Einparteiensherrschaft der konservativen GuoMinDang/KuoMinTang (KMT/GMD). Er trieb die **Reformen weiter voran**, hob die „provisorischen Bestimmungen“ auf und sprach nicht länger von einer „kommunistischen Besetzung Festland-Chinas“ (eine Formulierung, die Peking selbstredend seit jeher störte). Die provisorischen Bestimmungen hatten u.a. festgelegt, dass bis zur Befreiung Chinas alle 1947/48 gewählten (und geflohenen) Repräsentanten der einzelnen Festlandsprovinzen im Amt blieben, bis eine freie Wahl aller Chinesen möglich sei. Dies hatte zur Folge, dass die Nationalversammlung regelrecht „vergreiste“, sodass z.B. Peking oder die innere Mongolei „repräsentiert“ wurden, während für das kleine TaiWan entsprechend weniger Sitze vorbehalten waren.

Neben der Notwendigkeit, die Tatsachen anzuerkennen, haben noch andere Ursachen die **Reformbereitschaft der GuoMinDang/KuoMinTang** bewirkt:

- **Biologischer Faktor:** Das Hauptargument TaiWans, hier säßen die frei gewählten Repräsentanten Chinas von 1947, hatte keine Bedeutung mehr, nachdem die meisten der einstigen Festlandsrepräsentanten mittlerweile gestorben oder zu alt waren (einige wurden völlig senil und apathisch im Rollstuhl ins Parlament gebracht).

- **HongKong-Frage:** Da der Handel mit HongKong 10 % des Gesamthandels TaiWans ausmachen und immense taiwanesishe Investitionen in HongKong getätigt wurden, wollte man Peking nicht reizen, um HongKong auch über 1997 hinaus als Handelspartner zu behalten.

- **TienAnMen 1989:** TaiWan schloss sich nach der blutigen Niederschlag der Studentenproteste auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ zwar der Welle internationaler Entrüstung an, doch fiel die Kritik im Vergleich zu früher eher gemäßigt aus. TaiWan wollte auch hier als Alternative und Vorbild dastehen und Peking keine Ablenkung nach außen ermöglichen. Der Druck im Festland sollte erhalten bleiben, um die politische Isolation Pekings durch den Westen zu nutzen.

- **Handel:** Nach taiwanesischem Verständnis ist die Wirtschaftspolitik und der Handel ein Mittel der (Wiedervereinigungs-)Politik. Rege, freundschaftliche Handelsbeziehungen mit dem Festland bedeuten keineswegs die Aufgabe politischer Positionen, sondern man versucht lediglich, diese mit anderen Mitteln (als politischen oder militärischen) durchzusetzen.

- **Innenpolitischer Druck** als Folge der Liberalisierung: Wirtschaftlicher Aufschwung bedingt sehr oft Freiraum für politische Emanzipation, im Falle TaiWans entwickelte sich mit der DPP (Democratic Progressive Party) eine echte Opposition zur GuoMinDang/KuoMinTang. Dadurch war die GMD/KMT gezwungen, von verkrusteten Positionen abzurücken. Konkurrenz belebt wahrlich das Geschäft – und seit es auf TaiWan mehrere Parteien gibt, blüht das Land förmlich auf.

So waren die 1990er Jahre, von kleinen Ausnahmen abgesehen, durch eine intensivere Verständigungspolitik gekennzeichnet. Die Reformpolitik der GMD/KMT konnte allerdings das **Erstarken der DPP** nicht verhindern, diese errang mit moderner und pragmatischer Realpolitik in den 1990er Jahren rund 1/4 der Abgeordnetenmandate zur Nationalversammlung, teilweise gelang sogar der Sprung in wichtige Bürgermeisterämter (GaoXiong/Kao Hsiung) und TaiBei, z.B. dem heutigen Präsidenten *Chen Shui Bian* oder Premier *Frank Hsieh (Xie)*.

Der Reformdruck führte zur **Spaltung der GMD/KMT**. Zunächst lehnte der rechte Flügel der GMD/KMT Reformen ab und spaltete sich als NKMTA (New KMT Alliance) ab, die sich später **NP** (New Party) nannte und klar auf das rechtskonservative Lager (An-

Das Chen-Attentat im Jahr 2004

Im März 2004 fanden turnusgemäß Präsidentschaftswahlen statt, in Frage kamen nur die beiden Giganten Amtsinhaber *Chen ShuiBian* von der regierenden DPP sowie der GMD/KMT-Chef *Lien Chan*. Der Wahlkampf war von den Grundlinien der beiden Parteien geprägt, wobei *Lien Chan* für einen vorsichtigen Wiedervereinigungskurs mit China, *Chen* dagegen für die Unabhängigkeit TaiWans eintrat. Präsident *Chen* stellte sogar eine Volksabstimmung für den Fall eines Wahlsieges in Aussicht.

Dieses Manöver wurde in Peking heftig attackiert und als Hochverrat tituliert, die Opposition polarisierte die Unabhängigkeitsgegner, die Gesellschaft war (politisch) gespalten, der Wahlausgang war Prognosen zu Folge knapp, allerdings gab es leichte Vorteile für die GMD/KMT.

Da wurden am Vorabend der Wahl – am 19. März 2004 – Präsident *Chen* und Vizepräsidentin *Anette Lu* (beide DPP) bei der Fahrt in einem offenen Jeep zu einer Wahlveranstaltung in TaiNan von einem Attentäter angeschossen und leicht verletzt.

Die Hintergründe sind bis heute unklar, in Oppositionskreisen wird sogar von einem arrangierten Attentat zwecks Stimmenfang gemunkelt, andere spekulieren über einen von Peking gesandten Täter, um deutlich zu warnen, dass es keine Unabhängigkeits-Abstimmung auf TaiWan geben dürfe. Wieder andere sprechen von der Tat eines Einzelnen.

Die Untersuchungen dauern auch nach der Wahl *Ma YingJius* zum Präsidenten im März 2008 noch an und gipfelten bislang in zahlreichen Festnahmen von Mitgliedern eines Waffenschlepperrings in TaiNan, aus dessen Kreis die Tatwaffe stammen soll.

spruch auf ganz China) abzielte. Auf der anderen Seite wollte der ehemalige Präsident der GMD/KMT *Lee TengHui* noch weitergehende Reformen und spaltete sich mit einigen Anhängern 1998 als **TSU** (Taiwan Solidarity Union) von der GMD/KMT ab.

Zur Präsidentschaftswahl 2000 trat (neben *Lian Chan* und *Chen ShuiBian*) auch *James Soong* von der GMD/KMT an, was das GMD/KMT-Lager entzweite (2 GMD/KMT-Kandidaten). *Soong* wurde nach *Chen* Zweiter. Wegen Verrates der Parteilinie wurde er jedoch aus der GMD/KMT ausgeschlossen und gründete die **FPF** (People First Party). Somit musste bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember 2001 die seit 1949 währende Vorherrschaft der („Rest-“) GMD/KMT zusammenbrechen.

Von 2001 bis Januar 2008 dominierte nunmehr die DPP unter Präsident *Chen ShuiBian* das politische Geschehen auf Taiwan, und zunächst wurde der vorsichtige Unabhängigkeitskurs auch von einer knappen Bevölkerungsmehrheit bestätigt (2004). Nachdem aber die taiwanesisische Wirtschaft aus einer ganzen Reihe von Gründen ins Schlingern geriet und die Präsidentenfamilie zudem noch in den Schlussjahren des DPP-Interims in Korruptionsskandale verwickelt worden war, folgte bei den Parlamentswahlen (Januar 2008) eine mit „Erdbeben-Niederlage“ nur unzureichend beschriebene Ohrfeige für die DPP: 72 % der Wählerschaft stimmte für das KMT-geführte Parteienbündnis (81 von 115 Sitzen), nur 27 % für die DPP-Parteien (24 Mandate). Präsident *Chen* trat daraufhin sofort von seinen Parteiämtern zurück. Am 22. März 2008 eroberte KMT-Kandidat *Ma Ying-Jiu* mit 58,5 % dann auch das Präsidentenamt zurück, *Frank Hsieh* kam auf 41,5 % der Stimmen.



Das Mausoleum ChiangKaiSheks

Außenpolitische Entwicklung

Die Republik China (also TaiWan) blieb nach 1949 außenpolitisch zunächst einzig anerkannter **Repräsentant Chinas in den Vereinten Nationen** und auf diplomatischer Ebene.

Als aber die Volksrepublik China im Oktober 1971 UNO Mitglied wurde, zog sich TaiWan sofort zurück, da eine Doppelmitgliedschaft zweier Chinas nach taiwanesischem Verständnis unmöglich ist. Gleiches galt für diplomatische Beziehungen: TaiWan brach automatisch die Beziehungen zu jenen Ländern ab, die offizielle Kontakte zu Peking knüpften, was zu einer **außenpolitischen Isolation TaiWans** führte. Während die VRC ihre diplomatischen Beziehungen von 49 auf 120 Staaten ausdehnte, sank die Anzahl der Staaten, zu denen TaiWan offizielle Beziehungen unterhielt, allein im Jahre 1979 von 66 auf 22. Im Oktober 1972 eröffnete die Bundesrepublik ihre Botschaft in Peking und erst am 1.1.1979 folgten die USA, neben Frankreich längster und treuester Verbündeter TaiWans. Die USA sahen die Möglichkeit, einen Keil zwischen Peking und Moskau zu treiben. Vier Monate später kündigte die Volksrepublik China auch wirklich den Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der UdSSR aus dem Jahre 1950. Außerdem hatten die USA natürlich erkannt, dass man einen Fuß in der Tür zum chinesischen Markt haben muss. Frankreich schloss sich erst 1994 dieser Haltung an.

Heute unterhalten viele Staaten in TaiWan sogenannte „**Verbindungsbüros**“, die wirtschaftliche, kulturelle und gewisse konsularische Aufgaben wahrnehmen.

Die TaiWan-Frage

Die „TaiWan-Frage“ oder schlicht die Frage nach einer wie auch immer gearteten politischen Zukunft des Landes – **als Teil Chinas oder als eigener Staat** (mit sofortigem Kriegsrisiko) – teilt das Land in zwei etwa gleich große Lager unter der Bevölkerung und wird nahezu täglich in den Zeitungen debattiert und kommentiert.

„Beide Chinas“ betonten bis in die 1990er Jahre (unter GuoMinDang-Dominanz auf TaiWan) stets, die **Wiedervereinigung** sei absolutes Ziel, da es nur „ein China“ gebe, beide seien der einzige legitime Nachfolger der Republik *Sun YatSens*, die jeweils andere Seite habe „vorübergehend“ die Kontrolle über das jeweils andere Gebiet. Beide Seiten betrachteten die „China/TaiWan“-Frage als rein innenpolitische Angelegenheit und verfolgten eine „Ein-China-Politik“. Erst unter dem ehem. Präsidenten der alten Einheitspartei GMD/KMT, *Lee TengHui*, wurde Ende der 1990er Jahre offen über „andere Möglichkeiten“ (Unabhängigkeit) nachgedacht, was aber jeweils militärische Manöver und sogar Raketenbeschüsse vor die taiwanesisische Küste seitens der VR China zur Folge hatte.

Die Auffassung Pekings

Die Volksrepublik betrachtet Taiwan als „abtrünnige Provinz“ und verlangt **bedingungslose Integration ins Mutterland** ohne Einmischung von außen – daher auch die diplomatischen Probleme, vor Ort Konsulate zu eröffnen oder offizielle Kontakte zu pflegen. Ein Staat namens TaiWan existiert nach offizieller Vorgabe aus Peking einfach nicht. Nachdem die „**Wiedereingliederung**“ von HongKong (1997) und Macau (2000) nach der neuen Prämisse „ein Land – zwei Systeme – drei Territorien“ funktioniert hat, lockt Peking TaiWan zu einer raschen Aufgabe allen einzelstaatlichen Denkens. Die Führungsriege in Peking hat klargestellt, dass man die „Heimholung der abtrünnigen Provinz“ als vorrangige Angelegenheit betrachte, insbesondere im Hinblick auf die olympischen Spiele 2008 in Peking. Die VR formuliert klar, dass jede Form einer taiwanesischen Unabhängigkeit sofort Gewaltanwendung zur Folge hätte und dass kein Staat sich in die „innerchinesische Angelegenheit“ einzumischen habe. 2005 wurde sogar ein explizit auf TaiWan abgezieltes „Anti-Sezessionsgesetz“ verabschiedet.

Die Auffassung der DPP

Chen ShuiBians DPP, 2005 nochmals stärkste Partei und daher bis 2008 mit der Regierung beauftragt (↗ Innenpolitik), steht für einen zunehmend klareren (wenngleich nicht unumstrittenen) **Unabhängigkeitskurs**, wobei sich innenpolitisches Kalkül mit außenpolitischem Taktieren teilweise vermischen. Man ist sich innerhalb der DPP darüber im Klaren, dass eine Unabhängigkeit tatsächlich sofortige Aktionen Pekings bedingen würde; die Aktionen in Tibet oder das TianAnMen-Massaker unterstreichen die Realität der offenen Drohungen. Dennoch muss man – will man langfristig innerhalb der Bevölkerung TaiWans glaubwürdig bleiben – etwas tun (im Dezember 2004 hatte es bei der letzten Parlamentswahl bereits Stimmeneinbußen gegeben, weil es vielen zu lange dauert mit der Unabhängigkeit).

Skandale um Korruption und Insidergeschäfte sowie die angeschlagene Wirtschaftslage führten zur Abwahl der DPP 2008 und brachten jedwede Unabhängigkeitserwägungen zum Erliegen.

Die Haltung der wiedererstarkten GMD/KMT

Bis in die 1990er Jahre galt in der (bis dato allein regierenden) GMD/KMT stark vereinfacht das Motto einer „Wiedervereinigung als R.o.C.“, Peking habe sich TaiBei zu beu-

gen“. Seit der Zeit, als die Partei durch *LeeTengHui (LiDengHui)* geführt wurde, bemüht sie sich um eine offene Diskussion mit Peking über einen „**Sonderstatus“ und eine Quasi-Autonomie unter einem gemeinsamen Dach**. Die Partei lehnt eine Unabhängigkeitserklärung TaiWans als zu riskant ab (eine solche widerspräche auch der Geschichte der Partei, die ja für „ganz China“ sprechen will) und arbeitet auf einen Erhalt des Status quo hin, unter dem es sich seit Jahrzehnten politisch isoliert, aber wirtschaftlich prachtvoll leben lässt.

Mit dem Sieg bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2008 kehrte die KMT sofort zu einem **Annäherungskurs mit der Volksrepublik** zurück, was bereits im Frühsommer zur Genehmigung von Direktflügen zwischen Taiwan und China (erstmal seit 1949) führte. Auch sieht man die unter der „alten“ KMT oft gebräuchliche Bezeichnung „Republic of China“ zunehmend seltener, hier wird heute wieder auf ältere Bezeichnungen „Taiwan“ oder „Chinese Taipei“ zurückgegriffen.

Die politische Realität

Dennoch gilt für beide Seiten, dass realpolitische Interessen ganz oben an stehen und Drohgebärden nur ein übliches Säbelrasseln bedeuten. Beide Seiten setzen ihren **vorsichtigen Annäherungskurs** fort, insbesondere auf den Gebieten der Festlandsinvestitionen für taiwanesischen Unternehmen (seit ca. 10 Jahren) und des kleinen Grenzverkehrs (Fährbetrieb) für touristische Reisen zwischen KinMen (JinMen) und der volksrepublikanischen Provinz Fujian. Auch die Übernahme des KPC-Vorsitzes durch den Realpolitiker der jüngeren Generation *HuJinTao* garantiert mittelfristig die friedliche Koexistenz (wirtschaftliche Kooperation), das überkommene Säbelrasseln gehört zunehmend der Vergangenheit an.

Mit *Ma YingJius* Amtsantritt als Präsident ist das Zeitalter des Kalten Krieges zwischen beiden Seiten vorerst beendet, und im Ergebnis wurden am 15.12.2008 tägliche Direktflüge zwischen China (u.a. ShenZhen, ShangHai) und Taiwan aufgenommen. *Ma YingJiu* meinte dazu, „Von nun an wird der Dialog an die Stelle der Konfrontation treten.“



Die Staatsflagge:
Blau für Demokratie,
Weiß für Wohlstand und
Rot für Nationalismus

Staat und Verwaltung

Staatsname

Offiziell nennt sich TaiWan **Republik China auf TaiWan**. So soll bereits im Namen auf die Übergangslösung hingewiesen werden, dass die 1949 vertriebene Nationalregierung sich nur bis zur Wiedervereinigung oder Rückeroberung des Festlandes auf TaiWan aufhalten will. Um Peking nicht zu verärgern und den jüngsten Annäherungskurs nicht zu gefährden, verzichtet man aber offiziell meist auf diesen Begriff und verwendet einfach nur „Taiwan“ oder „Chinese Taipei“.

Staatssymbole

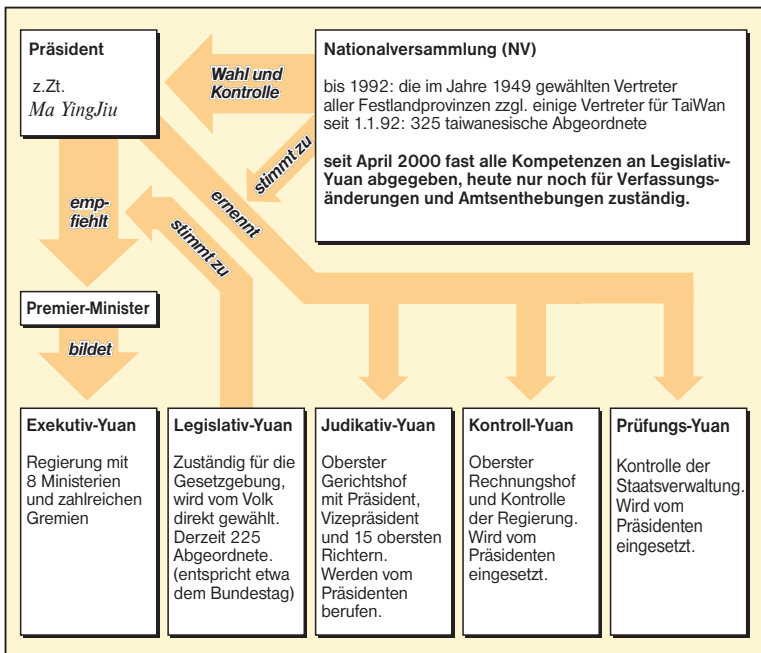
Die **Flagge** ist rot mit einer weißen Sonne auf blauem Grund im oberen linken Viertel. Die drei Farben sollen die drei Prinzipien *SunYatSens* symbolisieren: *MinChuan* (Demokratie), *MinSheng* (Wohlstand) und *MinTzu* (Nationalismus). Der Text der **Nationalhymne**

wurde von *SunYatSen* selbst geschrieben und beginnt mit den Worten *San Min Chu I...* („Drei Volksprinzipien“). Wichtigste Partei ist bis heute die *KuoMinTang* (*GuóMínDǎng*), die nach 1949 bis 1987 die Einheitspartei TaiWans war. Das obere linke Viertel der Staatsflagge, die weiße Sonne auf blauem Grund, ist außerdem die Parteifahne der KuoMinTang.

Die Pflaumenblüte stellt die **Nationalblume** dar. Ihr kommt u.a. bei der Hotelklassifizierung durch das TTB (TaiWan Tourist Bureau) praktische Bedeutung zu. Anstatt der international gängigen Sterne werden den großen Hotels je nach Standard ein bis fünf Pflaumenblüten verliehen.

Das politische Selbstverständnis

Formal betrachtet besucht der Reisende nicht das Land „TaiWan“, sondern die **„Republik China auf TaiWan“ (Republic of China)**. Diese versteht sich als Rechtsnachfolgerin der 1911 auf dem chinesischen Festland gegründeten „Republik China“ (deren Gründungstag ist bis heute der Nationalfeiertag TaiWans). Während *Maos* kommunistische Revolution die „Volksrepublik China“ auf dem gesamten chinesischen Festland (ohne HongKong und Macao) entstehen ließ, hielten *ChiangKaiShek* und seine Einheitspartei GMD/KMT, die 1949 vom chinesischen Festland nach TaiWan übersiedeln mussten (mitsamt dem gewählten Parlament der „Republik China“), weiterhin an der „Republik China“ fest (↗ Geschichte).



Wirtschaft und Handel

Die **von der R.o.C. kontrollierten Gebiete** umfassen die Hauptinsel TaiWan mit ihren vorgelagerten Inseln (Regierungssitz dieser „Provinz TaiWan“ ist ChungHsing bei TaiZhong/TaiChung), PengHu (die Inselgruppe der Pescadoren), KinMen (JinMèn, früher QueMoy) und MaTzu (MǎZū) sowie einige von mehreren Ländern beanspruchte Inseln im südchinesischen Meer. Die beiden Inseln KinMen und MaTzu liegen zum Ärgernis der Kommunisten nur einen Steinwurf vom Festland entfernt und gleichen militärischen Hochsicherheitstrakten, die heute gerade deshalb bei Einheimischen eine Art „Mauertourismus“-Welle auslösen.

Gewaltenteilung der Republik China

Die Verfassung der Republik China wurde 1947 in NanKing (NanJing), dem damaligen Sitz der Nationalregierung, in Kraft gesetzt. Nach dieser existierten neben dem mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten **Präsidentenamt** und dem „gesamtchinesischen Parlament“, der **Nationalversammlung**, eine **Gewaltenteilung in fünf Yuan** („Rat“) genannte Bereiche (↗ Schema).

Dieses Schema und der Anspruch der **Regentschaft über ganz China** blieben seit 1949 unverändert bestehen, die 1947 gewählten Greise sollten allen Ernstes für Ganz-China zuständig bleiben! Erst 1991 befand der Judikativ-Yuan (oberster Gerichtshof) diesen Zustand für nicht mehr zeitgemäß. Bis dahin war für TaiWan zusätzlich eine Provinzialversammlung, ein TaiWan-Parlament, zuständig.

Heute wählt die Bevölkerung ein rein taiwanesisches, für die Gesetzgebung zuständiges Plenum (Parlament), den **Legislativ-Yuan**, sowie den mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten **Präsidenten** in direkter Wahl.

Die **Nationalversammlung** wird von den im Legislativ-Yuan vertretenen Parteien nach Maßgabe ihrer Parlamentssitze ernannt und bestimmt nur noch über Verfassungsänderungen, Amtsenthebung von Präsident oder Vizepräsident und Änderung der Landesgrenzen. Der **Kontroll-Yuan** überwacht die Regierung sowie den Staatshaushalt, der **Prüfungs-Yuan** kontrolliert die gesamte Staatsverwaltung (Staatsdiener). Beide werden vom Präsidenten eingesetzt.

Wirtschaft und Handel

Das asiatische Wirtschaftswunder

Eine für die damaligen Verhältnisse moderne Landwirtschaftstechnologie und Infrastruktur aus der japanischen Besatzungszeit bis 1945, großzügige Investitionshilfen der USA sowie die von der Nationalregierung 1949 mitgebrachte Staatskasse bildeten die **Grundlage** für die wirtschaftliche Entwicklung in TaiWan. Mit zentralistischen Sechsjahresplänen gab die Regierung dabei das Tempo vor.

Standen die 1950er Jahre noch unter der Prämisse der Grundversorgung mit Lebensmitteln und der Bildung größerer Staatsbetriebe, wurde in den 1960er Jahren eine Strategie verfolgt, die auf den Export von Landwirtschaftsüberschüssen und die Produktion von Gebrauchsgütern im eigenen Land abzielte. Steuerbefreiung und Kreditanreize für eine sich allmählich entwickelnde Unternehmerklasse spielten eine ebenso große Rolle wie die Errichtung von „Exportverarbeitungszone“ (spezielle Industrieparks, in denen steuerbegünstigt **Exportgüter** hergestellt wurden), um den Wettbewerbsvorteil niedriger Lohnkosten nutzen zu können. Das Ziel, Devisenüberschüsse zu erwirt-

schaften, wurde durch die staatliche Kontrolle unternehmerischer Aktivitäten, eine nicht frei konvertierbare Währung sowie hohe Importzölle flankiert.

In den 1970er Jahren entwickelte sich TaiWan **vom Agrar- zum Schwellenstaat**, als durch den Mangel an Arbeitskräften auf der Insel verstärkt die Investition in kapitalintensive Produkte gefördert wurde. Die reichlichen Gold- und Devisenreserven, der starke Binnenmarkt und ein Überangebot an gut ausgebildeten Fachkräften ermöglichten insbesondere in der Elektro- und Schwerindustrie **technische Innovation und hohes Wachstum**. Mit massiven Regierungsinvestitionen wurden im Laufe der 1970er Jahre die sogenannten „zehn nationalen Bauprojekte“ (unter anderem Stahlindustrie, Schiffbau, Petrochemie, Elektrizität, Telekommunikation, Transportwesen) weitgehend fertiggestellt.

In den 1980er Jahren konzentrierte sich die Regierung noch stärker auf Güter mit hoher Wertschöpfung. Nach US-Vorbild wurden Technologieparks in Universitätsnähe gegründet, Finanzmittel, Steueranreize und Stipendien großzügig gewährt, sodass TaiWan rasch zu einem der wichtigsten **High-Tech-Produzenten** aufsteigen konnte. Ende der 1980er Jahre betrug der Anteil von High-Tech-Produkten am Gesamtexport bereits 38 %, führend waren dabei Elektronik-, Informations- und Maschinenbauindustrie. 1998 hatte TaiWan Japan als führenden Hersteller von Notebooks überflügelt.

Nach offiziellen Statistiken erreichte TaiWan in den vergangenen 40 Jahren – bei einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 2–4 % – eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens der Bevölkerung von umgerechnet ca. 250 € im Jahr 1950 auf ca. 23.000 € für 2008 (Schwarzeinkommen nicht gerechnet). Die allgemein gute Ausbildung und die niedrige Arbeitslosenrate ermöglichten es weiten Teilen der Bevölkerung, am **allgemeinen Wohlstand** teilzuhaben.

Da sich der Staat als Auftrags- und Arbeitgeber mittlerweile immer stärker zurückgezogen hat, bilden heute etwa 700.000 **Privatunternehmen** mit jeweils weniger als 50 Beschäftigten (= 98 % der eingetragenen Firmen) das Rückgrat der Volkswirtschaft. Sie erwirtschaften 65 % der Exporteinnahmen, 55 % des Bruttosozialproduktes und beschäftigen 70 % der Arbeitnehmerschaft. Die restlichen 2 % der Unternehmen sind überwiegend **Staatsbetriebe** mit Monopolstellung in den Bereichen Telekommunikation, Post, Bank, Transport, Tabak und Alkohol.

Angestellte dieser Staatsbetriebe und Beamte genießen freie Gesundheits- und Pensionsvorsorge. Seit Mitte der 1990er Jahre genießen alle Bürger eine soziale Grundversorgung.

Der imposante Aufstieg TaiWans in die Reihe der Industrienationen hat natürlich auch seine negativen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen. Die rigorose staatliche Kontrolle aller Aktivitäten, auch der Investitionen im Ausland, unterbindet teilweise das freie unternehmerische Handeln und behindert die Investitionsbereitschaft. Das führt zu gigantischen Geld- und Devisenreserven im Lande (heute verfügt TaiWan mit ca. 280 Mrd. US\$ über die drittgrößten Devisenreserven weltweit), die ein Problem für den Geldmarkt darstellen.

Zugunsten einer rasanten Entwicklung wurde ferner ein drastischer **Raubbau an der Natur** billigend in Kauf genommen. So kommen statistisch auf jeden Quadratkilometer TaiWans (wobei nur 30 % des Landes überhaupt besiedelt sind) drei gemeldete Fabriken und 450 Kraftfahrzeuge (↗ Umweltschutz). Welch gewaltiger Wandel sich in dem ehemaligen Agrarland vollzogen hat, zeigt sich darin, dass die beiden größten Wirtschaftszweige heute Dienstleistungen (ca. zwei Drittel Anteil am BSP) und Industrie (ca. ein Drittel) sind und die Land- und Forstwirtschaft nur noch einen Anteil von ca. 2 % (Fischereiwirtschaft ca. 1 %) einnimmt.

Die Schattenwirtschaft

Jedes Land der Erde kennt Schwarzarbeit, Vetternwirtschaft, Steuerhinterziehung und ähnliches mehr – auch das relativ wohlhabende TaiWan. Dennoch treibt das typisch chinesische Streben nach Einsparung und Gewinn manchmal seltsame Blüten. Die Zauberverbote heißen **GuanXi** (Beziehung) und **SuiBian** (nach Belieben). Will jemand ein Geschäft betreiben und erhält keine Lizenz, so kauft oder mietet er eben ein Gebäude, hängt Leuchtreklame an die Fassaden und wirtschaftet *SuiBian*. Ausreichende *GuanXi* sorgen dafür, dass niemand daran Anstoß nimmt, Kapital privat besorgt wird usw.

Aus Sicherheitsgründen (Erdbeben, Taifun) durften Wohngebäude früher nicht höher als drei Etagen gebaut werden. Nun gut, dann werden drei Etagen gebaut, das Gebäude wird staatlich abgenommen, später dann wird *SuiBian* eine Dachwohnung oben aufgesetzt (und schwarz Miete kassiert). Ganze Unternehmen, Buslinien, Restaurants, Schulen, Hotels, ja sogar eine komplette Kabel-TV-Gesellschaft wurden so aufgezogen! Auch wenn heute die Kontrollen und Bestimmungen spürbar strenger gehandhabt werden, so ist es für ausländische Investoren oder Arbeitsuchende immer noch von Bedeutung zu wissen, ob die Firma, mit der man es zu tun hat, **staatlich, illegal privat oder legal privat** (d.h. in das Handelsregister eingetragen) ist.

Nach inoffiziellen Schätzungen laufen rund 15 % der Wirtschaft am Staat vorbei, dennoch wird für 2009 – nach einigen Jahren nur sehr begrenzten Wirtschaftswachstums – eine Wachstumssteigerung von gut 5 % erwartet. Nun darf man natürlich keineswegs annehmen, dass offizielle Stellen das Problem ignorieren. Faktum aber ist, dass es die Betreiber illegaler Geschäfte oft billiger kommt, eine Strafe zu zahlen, als für eine Genehmigung den Behördenweg zu gehen. Und sollte mal etwas sein – man hat ja gute *GuanXi* ...

Verkehr und Umwelt

Infrastruktur

Mit der industriellen Entwicklung schritt auch der Ausbau des Verkehrsnetzes zügig voran. TaiWan verfügt heute mit der Evergreen Marine Corporation über die größte Containerschiffgesellschaft und mit GaoXiong (KaoHsiung) über den **drittgrößten Umschlaghafen der Erde** (nach HongKong und Singapur). Über 530 Millionen Tonnen Fracht werden jährlich von der Handelsflotte abgefertigt. Über die beiden internationalen **Flughäfen** des Landes, HsiaoKang International (GaoXiong) und ChiangKaiShek International (TaoYuan), werden jährlich knapp 1 Millionen Tonnen Fracht befördert und über 350.000 Passagiere abgefertigt.

Die Länge des **Eisenbahnnetzes**, welches entlang der Küste um die gesamte Insel führt, beträgt 2635 km. Eine neue Hochgeschwindigkeitsstrecke von TaiBei nach GaoXiong wird gebaut und soll 2006 eröffnet werden.

Das **Straßennetz** umfasst über 20.000 km und muss fast 15 Millionen PKW und LKW sowie eine ebenso hohe Zahl an Mopeds verkraften. In einem Land von der Größe der Niederlande, einer Bevölkerungszahl von mehr als 23 Millionen und einer statistischen Bevölkerungsdichte von über 600 pro qkm (Deutschland ca. 230) ist der **Verkehrsinfarkt** unvermeidlich. Man muss sich dabei vor Augen halten, dass Industriegebiete, Besiedelung und Verkehr wegen der riesigen, unzugänglichen Gebirgsregionen auf nur etwa 30 % der Fläche TaiWans begrenzt sind. Entlastung brachte in ↗ TaiBei die MRT,

eine Mischung aus U- und S-Bahn; ein vergleichbares System wurde 2008 in GaoXiong (KaoHsiung) in Betrieb genommen.

TaiWan wurde in der jüngeren Vergangenheit wiederholt von verheerenden **Erdbeben** und **Taifunen** heimgesucht, besonders betroffen waren stets flächendeckend die Regionen TaiZhong/TaiChung und MiaoLi (mittlere und nördliche Westküste/Bergland). Tausende Menschen verloren dabei ihr Leben und unzählige Existenzen wurden zerstört. Immer wieder wurden auch Verkehrswege in Mitleidenschaft gezogen, häufig aber nur vorübergehend. In den Ortsbeschreibungen wird bei den betroffenen Orten des Berglandes darauf hingewiesen, an welchen Stellen mit Beeinträchtigungen für den Reisenden zu rechnen ist.

Umwelt

Bedingt durch Industrie, Verkehr und privaten Wohlstand bleiben **erhebliche Umweltbelastungen** nicht aus. Aufgrund der geografischen Gegebenheiten kann man TaiWan in drei Regionen einteilen: einen dicht besiedelten Industriegürtel entlang der Westküste, das fantastische, kaum besiedelte Hochland und die ländliche Ostküste. Besonders spürbar sind die Umweltbelastungen an der Westküste, da sich hier vom Großraum TaiBei im Norden bis GaoXiong/KaoHsiung im Süden TaiWans ein mehr oder weniger zusammenhängendes Industriegebiet erstreckt.

Noch vor wenigen Jahren wurden an einem durchschnittlichen Tag über 1500 Tonnen Industrieabfälle, 450 Tonnen Landwirtschaftsmüll und 800 Tonnen Abwässer allein aus Privathaushalten ungeklärt in die **Flüsse** geleitet, an 20 % aller Tage des Jahres in den

0911 Foto: w1



Problemereich Hausmüll

Ballungszentren eine gesundheitsschädliche **Luftverschmutzung** gemessen und galten 20 % der Flüsse als schwer geschädigt. Aufgrund dieser Situation wird in den Zeitungen seit Jahren der „pollution index“ (Luftbelastungsgrad) abgedruckt.

Mit steigendem Lebensstandard, höherem Bildungsniveau und zunehmender Demokratisierung wurde aber – letztlich auch auf Druck der Bevölkerung – das **Umweltproblem energisch angepackt**. Neben der heutigen Oppositionspartei DPP, die wegen ihrer grünen Schriftzüge (in Abgrenzung zum Blau der GMD/KMT) von westlichen Besuchern oft vorschnell als taiwanesisch Grüne Partei eingestuft wird, engagieren sich mittlerweile rund 100 taiwanesisch Umweltschutzgruppierungen. Man hat längst erkannt, dass weitere Umweltschutzmaßnahmen in großem Umfang durchgeführt werden müssen und will die Unternehmen dabei stark einbeziehen.

In der Praxis hat die Metro in den beiden größten Städten deutlich die Lebensqualität verbessert, hinzu kamen aber auch **rigorose Verbesserungen** in den Bereichen Müllbeseitigung und Sauberkeit in der Öffentlichkeit. In der MRT gelten „Singapurere Verhältnisse“, will heißen: kein Essen und Trinken in den Stationen, kein Kaugummikauen, nicht einmal Essenstüten in der Hand sind erlaubt. Die Straßen sind spürbar sauberer geworden, die Großstädte haben hervorragende Müllabfuhr-Systeme, teilweise auch mit Mülltrennung. Rauchverbote in öffentlichen Anlagen und eine Verlagerung der Plastikschalen-Garküchen in die Food-circles großer Kaufhäuser tun ihr Übriges und tragen zu einer längst spürbaren Trendwende bei. Auch in Kleinigkeiten wie der Vermeidung von Plastiktüten beim Einkauf (Papiertüten oder 1 NT\$ Gebühr für Plastik sind mancherorts schon die Regel) erkennt man deutlich das gestiegene Umweltbewusstsein in TaiWan.